

Es informiert Sie	Nicole Schey
Telefon (0202)	563 - 7345
Fax (0202)	563 - 8021
E-Mail	nicole.schey@stadt.wuppertal.de
Datum	14.04.2011

Niederschrift

über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Vohwinkel (SI/1472/11) am 13.04.2011

Anwesend sind:

von der CDU-Fraktion

Herr Mathias Conrads (bis 21.10 Uhr) , Herr Steffen Hombrecher , Herr Peter Moritz Iseke , Herr Stefan Jukic (bis 21.10 Uhr) , Frau Monika Richter , Herr Michael Utsch (bis 21.10 Uhr) ,

von der SPD-Fraktion

Herr Georg Brodmann , Herr Nils Felix Emde , Herr Heiner Fragemann , Frau Heidi Schlegel , Frau Renate Zimmermann ,

von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Herr Gerhard Schäfer , Frau Christiane von Zahn ,

von der FDP

Herr Georg Schroeder ,

von DIE LINKE

Herr Karl Hundsdörfer ,

als Vertreter der Bezirksjugendräte

Frau Arzu Karaca ,

berat. Teilnehmer § 36 VI u. VII GO NRW

Herr Arif Izgi (SPD), Herr Eckhard Klesser (CDU) , Frau Eva Schroeder (FDP),

als Vertreter/in des Oberbürgermeisters

Herr Eberhard Seibert ,

von der Verwaltung

Herr Dr. Johannes Slawig

Von der Polizei

Herr Preuß

Schriftführerin

Frau Nicole Schey ,

Nicht anwesend sind:

berat. Teilnehmer § 36 VI u. VII GO NRW

Herr Jan Phillip Kühme (CDU) , Herr Thomas Schulz (CDU),

Beginn: 18:30 Uhr

Ende: 21:55 Uhr

Herr Fragemann eröffnet die Sitzung, begrüßt die Gäste und ergänzt die Tagesordnung in Abstimmung mit der BV um die Vorlage 0081/11, welche an TOP 11 behandelt wird, die nachfolgenden TOP verschieben sich entsprechend.

I. Öffentlicher Teil

1 Bericht des Bezirksbürgermeisters

Herr Fragemann berichtet von den Terminen seit der letzten Sitzung:

15.03. Gespräch der Bezirksbürgermeister beim Oberbürgermeister wegen des Abschlussberichtes „Bürgerservice“, bei diesem Termin erfolgte auch die Übergabe der Unterschriften zum Treffpunkt Tesche

19.03. Frühlingsempfang der SPD

Deutsche Meisterschaften im Ropeskipping (Lob an den ausrichtenden VSTV)

01.04. Ortstermin Vermittlungsausschuss des Landtags NRW
Solaranlage Gräfrather Str., Gemeindezentrum

02.04. Demo Tesche und Jubs

Eine Aktion mit den Schulen zum Thema Rechtsextremismus ist nach den Osterferien geplant.

2 Umsetzung der HSK-Maßnahme 13.2 - Schaffung einer neuen Leistungseinheit "Bürgeramt"

Herr Stadtdirektor Dr. Slawig erläutert den Abschlussbericht sowie das Projekt. Unter einem Dach werden im „Bürgeramt“ gemäß des Ratsbeschlusses die Dienstleistungen Einwohnermeldeamt, Standesamt, Servicecenter und Bürgerbüros zusammengefasst, bei gleichzeitiger Einsparung von 300.000 Euro.

Dass die Bürgerbüros nunmehr an zwei Tagen in der Woche geöffnet bleiben ist ein Kompromiss, der nach schwierigen politischen Verhandlungen getroffen wurde, die Verwaltung hatte beabsichtigt, die Bürgerbüros zu schließen.

Im Ergebnis wird die Öffnungszeit der Bürgerbüros von derzeit 26 auf zukünftig 9 Stunden pro Woche reduziert. Damit geht eine Reduzierung des Dienstleistungsangebotes einher. Das gesamte Passgeschäft wird in den Bürgerbüros nicht mehr angeboten werden können, standesamtliche Aufgaben werden ebenfalls nicht mehr wahrgenommen. Eheschließungen werden im Trausaal Vohwinkel weiterhin angeboten, jedoch nur noch als Ambiente-Trauung, so dass die Paare zusätzliche Gebühren entrichten müssen.

Das Aufsuchen der Zentrale in Barmen für die Erledigung von Passgeschäften sei den Bürgern zumutbar, werde doch nur alle 10 Jahre ein neues Dokument benötigt. Er weist darauf hin, dass in Elberfeld seit vielen Jahren keine Meldestelle mehr vorgehalten werde.

Er verweist auf die Haushaltslage der Stadt. Jeden Tag werden 500.000 Euro Kassenkredite aufgenommen, Mitte des Jahres sei die Stadt überschuldet, was der Insolvenz eines Unternehmens entspricht.

Die Umsetzung sei zum 01.09. geplant. Der Personaleinsatz sei zwar schwierig zu gestalten, aber er setze sich dafür ein, dass nach Möglichkeit immer dieselben Personen vor Ort wären, damit einheitliche Ansprechpartner vorhanden sind, was aber wegen Krankheit und Urlaub nicht garantiert werden könne. Gleichzeitig teilt er der BV mit, dass die Geschäftsführung in Person von Frau Schey erhalten bliebe, neben der persönlichen Erreichbarkeit an den Öffnungstagen sei die telefonische und elektronische Erreichbarkeit gegeben.

Er sagt zu, sich wenn die BV dieses wünsche, dafür einzusetzen, dass an einem Vormittag und an einem Nachmittag das Bürgerbüro geöffnet werde, wobei die Umsetzung beim Personaleinsatz schwierig werde. Nach 12-18 Monaten solle eine Überprüfung der Fallzahlen erfolgen, um festzustellen, wie die Öffnungszeiten angenommen werden.

Herr Brodmann erklärt, die BV füge sich der normativen Kraft des Ratsbeschlusses. Er begrüßt den Begriff „Bürgeramt“, denn „Bürgerservice“ liege hier nicht mehr vor. Auf seine Frage, ob die Bürger, die das Bürgeramt während der Öffnungszeiten erreichen, auch bedient werden antwortet Herr Dr. Slawig, dass dieses sichergestellt werden soll, eine Garantie könne wegen evtl. Urlaubs- und Krankheitsausfällen aber nicht übernommen werden.

Herr Iseke sieht die Notwendigkeit zu sparen ein, kritisiert aber die pauschale Kürzung über alle Bürgerbüros hinweg, ohne die Fallzahlen der einzelnen zu berücksichtigen. Diese sind in Vohwinkel sehr hoch, weil das Einzugsgebiet weit über Vohwinkel hinaus gehe. Er begrüßt, dass eine komplette Schließung verhindert werden konnte und Dienstleistungen weiter angeboten werden, die häufiger nachgefragt würden. Er bittet darum, dass das Bürgerbüro Vohwinkel Donnerstagnachmittag und Freitagvormittag geöffnet sein soll.

Frau von Zahn führt an, dass das BB Vohwinkel ausgelastet sei und sie sich frage, wie der Ansturm von zusätzlichem Publikum in der Zentrale aufgefangen werden könne. Aus ihrer Sicht sei eine personelle Aufstockung sowie eine Ausweitung der Öffnungszeiten in der Zentrale erforderlich.

Herr Dr. Slawig erläutert, dass der genaue Personalbedarf zu ermitteln sei, die Räumlichkeiten am Steinweg werden umgebaut, diese Arbeiten sollen bis zum 01.09. abgeschlossen sein.

Herr Brodmann bewertet die feste personelle Besetzung positiv, ebenso wie die Zusage, dass Frau Schey Geschäftsführerin der BV bleibt.

Er bittet um Auskunft, ob der Bund höhere Zahlungen für den neuen Personalausweis leistet, der ja mit einem deutlich höheren Arbeitsaufwand bei den Meldestellen verbunden ist. Laut Herrn Dr. Slawig werden jetzt höhere Beiträge erstattet, die aber nicht kostendeckend sind.

Die Nachfrage von Herrn Schäfer, ob alle Geschäfte in Barmen erledigt werden können, wird bejaht.

Auf die Aussage von Herrn Hundsdörfer, dass eine Entschuldung der Städte erforderlich sei, erklärt Herr Dr. Slawig, dass große Unternehmungen in Richtung Bund und Land laufen und teilweise erste Erfolge zeigen.

Herr Jukic erklärt, dass eine gute Kommunikation erfolgen müsse, damit die Bürger darüber informiert würden, welche Dienstleistungen im Bürgerbüro Vohwinkel noch angeboten werden. Laut Herrn Dr. Slawig liegt derzeit noch kein Kommunikationskonzept vor, es werde aber erarbeitet, wenn der neue Leiter des Bürgeramtes bestellt sei.

Den Wunsch der BV Vohwinkel nach einer Öffnung am Donnerstagnachmittag und Freitagvormittag werde er weitergeben, wobei er keine Aussage zu den tatsächlichen Öffnungstagen machen könne.

3 Bericht aus dem Jugendrat

Zur Zeit läuft eine Umfrage zum Jugendförderplan.

4 Bürgeranhörung

Herr Jansen berichtet von einer Besichtigung der Baustelle an der Vohwinkeler Straße und händigt der BV Fotos von der neuen Kanalisation aus. Er befürchtet, dass die Ableitung nicht ausreichend ist und es zukünftig zu Überflutungen der Keller kommen könnte. Hierzu wird lt. Herrn Fragemann mit den WSW ein Ortstermin stattfinden.

Herr Dr. Struve vom Bürgerstammtisch WTW überreicht der BV einen offenen Brief an den Oberbürgermeister, in dem auf die schlechte Situation des Einzelhandels in Vohwinkel hingewiesen wird und ein zeitnahe Fortschritt beim Projekt „Kaisermeile“ eingefordert wird.

Frau Stöcker vom Elternbeirat des Kindergartens Lettow-Vorbeck-Str. bittet um Unterstützung der BV, die Stichstraße der Lettow-Vorbeck-Str. zur Spielstraße wird. Eine Verkehrsberuhigung dort sei dringend zur Sicherheit der Kinder erforderlich.

Die BV beschließt einstimmig, einen entsprechenden Prüfauftrag an die Verwaltung mit der Ergänzung, die Einrichtung einer Halteverbotszone.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit

5 Situation der Jugendarbeit in Vohwinkel

An der Situation hat sich nichts geändert. Herr Wegemann vom Verein Ladenkirche lobt die Arbeit, die im Treffpunkt Tesche und im Jubs geleistet wird und stellt heraus, dass sie dringend erforderlich ist. Die Situation am Vohwinkeler Feld wurde zudem durch die Bebauungspolitik der Stadt geschaffen. Insofern hat die Stadt eine hohe moralische Verpflichtung, dort das Angebot für Jugendliche zu erhalten. Eine weitere Kürzung im Jubs ist nicht hinnehmbar, dort wird bereits mit einem Mindestmaß an Personal gearbeitet.

Von der BV wird Bedauern darüber geäußert, dass Kompensationsvorschläge, wie z. B. Einführung von Parkgebühren, nicht angenommen werden können, weil Mehreinnahmen direkt in den städtischen Haushalt fließen.

Es besteht Einvernehmen darüber, dass die Stellungnahme der BV Vohwinkel

vom 09.03.11 in den Rat eingebracht werden soll. Dieses sagen die Stadtverordneten zu. Frau Schroeder weist zudem darauf hin, dass in die nächste Sitzung der BV noch ein Antrag der FDP eingebracht wird.

Herr Preuß weist darauf hin, dass die Entlastung des städtischen Haushaltes zu einer Mehrbelastung an anderer Stelle führt. In Vohwinkel gebe es zwei extremistische Gruppierungen, die versuchen, Jugendliche anzuwerben. Ohne ein ausreichendes Freizeitangebot für Jugendliche sieht er schwere Probleme mit den Jugendlichen für die Zukunft. Er weist darauf hin, dass es unter bestimmten Voraussetzungen Trägervereinen möglich ist, Bußgelder, die jugendliche Straftäter entrichten müssen, vom Gericht zu erhalten.

Frau von Zahn regt an, über Spenden und Sponsoring Gelder für Personal einzuwerben.

Nach Ansicht von Herrn Fragemann darf die Stadt nicht aus der Verantwortung gelassen werden.

Es wird insgesamt die Befürchtung zum Ausdruck gebracht, dass hohe Folgekosten auf die Stadt zukommen, wenn jetzt hier massive Einschnitte erfolgen.

Zur nächsten Sitzung sollen Herr Dr. Kühn und Herr Dr. Slawig zu diesem Thema eingeladen werden.

6 Präsentation Kindertafel

Herr Heinze von der Kinder-tafel Vohwinkel stellt die Arbeit und die weiteren Vorhaben des Kinder-Tisch Vohwinkel e.V. vor und bedankt sich ausdrücklich bei allen Unterstützern.

Den Mitgliedern der BV wird eine Informationsmappe ausgehändigt.

Die komplett durch Spenden finanzierte Einrichtung versteht sich nicht als Konkurrenz zu anderen Trägern. Es werden Mittagstisch und Hausaufgabenbetreuung angeboten.

Es ist an der Roßkamper Höhe ein Neubau geplant, der eine Kapazität für 100 Kinder ausweist. Auf die Nachfrage von Frau von Zahn, warum nicht ein leer stehendes Objekt gewählt wurde, erklärt Herr Heinze, dass man einen Standort gewählt hat, an dem sich Nachbarn nicht gestört fühlen können.

Bei der anschließenden Diskussion zwischen Herrn Bunge von der Diakonie und Herrn Heinze bietet Herr Fragemann ein Gespräch zwischen den beiden Einrichtungen an. Das Angebot wird angenommen.

7 Umbenennung der Lettow-Vorbeck-Straße
Vorlage: VO/0252/11

Herr Brodmann gibt für die SPD-Fraktion folgende Erklärung ab:

Die SPD-Fraktion hat im Februar 2011 das Archiv der Stadt Wuppertal bzw. das Landesarchiv angefragt, ob der von ihr aus den Bürgervorschlägen zur Namensänderung der Lettow-Vorbeck-Straße favorisierte Vorschlag Professor Ernst Oberhoff frei von einer nationalsozialistischen Vergangenheit ist. Das Archiv der Stadt Wuppertal konnte keine Aussage vornehmen. Aus dem Landesarchiv erhielten wir leider erst am 11.03.2011, also nach der BV-Sitzung, die Nachricht, dass über Herrn Professor Ernst Oberhoff eine Entnazifizierungsakte wegen Mitgliedschaft in der NSDAP vorliegt.

Eine Einsicht in die Akte am ergab folgenden Sachverhalt:

Im Fragebogen der Militärregierung von Deutschland hat Herr Professor Oberhoff am 07.11.1945 folgende Mitgliedschaften in NS-Organisationen angegeben:

- 1938 bis 1945 Mitglied der NSDAP*
- 1936 bis 1945 Mitglied der NSV*
- 1934 bis 1945 Mitglied im NS Lehrerbund*

Die Entscheidung (Case Summary) des Entnazifizierungs-Ausschuss Wuppertal vom 02.01.1948 lautete „Category V“ (darf in Stellung verbleiben).

Die SPD – Fraktion bedauert außerordentlich, dass von ihr in der BV – Sitzung am 09. März 2011 der Namensvorschlag Ernst Oberhoff ohne ein vorliegendes Prüfergebnis eingebracht wurde. Wenn uns zu dem Zeitpunkt dieser Sachverhalt bekannt gewesen wäre, hätten wir selbstverständlich diesen Vorschlag nicht gemacht.

Als SPD-Fraktion in der BV Vohwinkel haben wir uns im September des letzten Jahres dafür ausgesprochen, dass an die Stelle des zu ändernden Straßennamens Lettow-Vorbeck ein Opfer des Nationalsozialismus als neue(r) NamensgeberIn treten soll. Ebenso sollte die Namensgebung ein Zeichen gegen den sich in unserem Ortsteil stark bemerkbar machenden Rechtsradikalismus

sein. Ein entsprechend von uns gestellter Antrag im November 2010 fand leider keine Mehrheit in der BV.

Es kann für die SPD-Fraktion vor dem Hintergrund der bisher geführten Diskussionen und des von ihr vertretenden Standpunktes nicht angehen, dass, nach dem wir diese politischen Prämissen gesetzt haben, nunmehr durch unseren Vorschlag vom 09.03.2011, der eine Kompromisslösung darstellte, ein ehemaliges **Mitglied der NSDAP** eine Ehrung in der Form eines Straßennamensbenennung erfährt. Daher wird die SPD-Fraktion in der BV - Sitzung im April des Jahres einen Antrag stellen, die Straßennamensgebung nach Professor Ernst Oberhoff **wieder rückgängig** zu machen und einen alternativen Vorschlag aus der Liste der Bürgervorschläge vom 14.02.2011 vorlegen.

Das alles mag, nach dem jetzt ein halbes Jahr über die Umbenennung der Lettow-Vorbeck-Straße diskutiert wurde und die letzte BV-Sitzung scheinbar ein abschließendes Votum gebracht hat, nach einem politischen Schwank aussehen.

Hierzu stellen wir fest, dass es für die SPD - Fraktion einfacher gewesen wäre, das Rechercheergebnis des Landesarchivs nicht bekannt zu geben. Die politische Redlichkeit verlangt allerdings von uns eine Veröffentlichung dieses Prüfergebnisses. Selbst wenn dies bei den Kritikern der Umbenennung der Lettow-Vorbeck-Straße, u.U. Häme und Spott in unsere Richtung auslöst. Für die SPD-Fraktion in der BV hat allerdings die Glaubwürdigkeit, mit der sie politische Standpunkte vertritt, Vorrang vor einer Vertuschung neuer Erkenntnisse, die jetzt eine Änderung der getroffenen Entscheidung notwendig macht.

Daher bringt die SPD folgenden Änderungsantrag ein:

Die Fraktion der SPD in der Bezirksvertretung beantragt, die Bezirksvertretung Vohwinkel möge beschließen:

Die in der BV – Sitzung am 09.03.2011 erfolgte Umbenennung der Lettow-Vorbeck-Straße in Ernst-Oberhoff-Straße soll dahingehend revidiert werden, dass eine Umbenennung in

Edith-Stein-Straße

erfolgt.

Begründung:

Der SPD-Fraktion wurde 2 Tage nach der BV-Sitzung vom 09.03.2011, durch eine Nachricht des Landesarchivs Düsseldorf bekannt, dass über Herrn Professor Ernst Oberhoff eine Entnazifizierungsakte mit Vorgängen aus den Jahren 1945 bis 1948 vorliegt.

Eine Einsicht in die Akte ergab folgenden Sachverhalt:

Im Fragebogen der Militärregierung von Deutschland hat Herr Professor Oberhoff am 07.11.1945 folgende Mitgliedschaften in NS-Organisationen angegeben:

- 1938 bis 1945 Mitglied der NSDAP
 - 1936 bis 1945 Mitglied der NSV
 - 1934 bis 1945 Mitglied im NS Lehrerbund
- Die Entscheidung (Case Summary) des Entnazifizierungs-Ausschuss Wuppertal vom 02.01.1948 lautete „Category V“

Als SPD-Fraktion in der BV Vohwinkel haben wir uns im September des letzten Jahres dafür ausgesprochen, dass an die Stelle des zu ändernden Straßennamens Lettow-Vorbeck ein Opfer des Nationalsozialismus als neue(r) NamensgeberIn treten soll. Ebenso sollte die Namensgebung ein Zeichen gegen den sich in unserem Ortsteil stark bemerkbar machenden Rechtsradikalismus sein. Ein entsprechend von uns gestellter Antrag im November 2010 fand leider keine Mehrheit in der BV.

Es kann für die SPD-Fraktion vor dem Hintergrund der bisher geführten Diskussionen und des von ihr vertretenden Standpunktes nicht angehen, dass, nach dem wir diese politischen Prämissen gesetzt haben, nunmehr durch unseren Vorschlag vom 09.03.2011, der eine Kompromisslösung darstellte, ein ehemaliges Mitglied der NSDAP eine Ehrung in der Form eines Straßennamensbenennung erfährt.

Daher kommen wir auf die in der Vorschlagsliste der Bürger vom 14.02.2011 zur Umbenennung der Lettow-Vorbeck-Straße genannte Edith Stein zurück.

Edith Stein steht mit Ihrer Person stellvertretend für die jüdischem Familien in Vohwinkel, die Opfer des Nationalsozialismus wurden und denen wir mit dieser Straßennamensgebung ein Andenken setzen. Mit Edith Stein, die sich als Philosophin und Pädagogin immer für eine Berufstätigkeit und Emanzipation der Frau eingesetzt hat, wäre dies die erste Straße in Vohwinkel, die nach einer Frau benannt wird. Darüber hinaus ist Edith Stein, als Jüdin, die zum christlichen Glauben konvertierte, in ihren Werken immer für eine Versöhnung zwischen den Religionen und Konfessionen eingetreten und hat Ökumene praktiziert, als dies für eine Vielzahl katholischer und protestantischer Christen noch ein Fremdwort war.

Die CDU-Fraktion äußert sich verwundert über die späte Information der übrigen BV Mitglieder, diese erfolgte am Sitzungstag.

Herr Brodmann weist darauf hin, dass mit Rücksicht auf noch in Vohwinkel wohnende Angehörige von Ernst Oberhoff dieser Name nicht im Vorfeld in die Öffentlichkeit getragen und über seine Vergangenheit diskutiert werden sollte und daher eben eine so späte Information der BV stattgefunden hat.

Herr Jukic äußert sich vom Vorgehen der SPD Fraktion sehr enttäuscht.

Herr Hundsdörfer spricht sich für den Namen „Edith Stein“ aus.

Herr Iseke weist darauf hin, dass zu einer sachorientierten Politik zurück gefunden werden sollte und schlägt vor, den Namen „Volkman“ zu wählen, denn

auf diesen Namen ist in der vergangenen Sitzung die zweithöchste Stimmenanzahl entfallen.

Frau von Zahn möchte keine Person wählen, bei der eine evtl. Zugehörigkeit zu den Nationalsozialisten nicht abgeklärt ist.

Es besteht Konsens darüber, dass der Name „Ernst Oberhoff“ nicht genommen wird.

Herr Hombrecher sieht den Namen „Oberhoff“ ebenfalls nicht als gute Wahl an, äußert aber Unverständnis darüber, dass der Name „Edith Stein“ wieder zur Debatte steht, nachdem sich die BV im Dezember darauf geeinigt hatte, keine bereits abgelehnten Vorschläge mehr für diese Umbenennung zuzulassen. Das jetzt geführte Verfahren ist seiner Ansicht nach nicht demokratisch.

Herr Brodmann stellt hierzu fest, dass eine solche Vereinbarung nicht getroffen wurde und sich der Name Edith Stein als einer der Vorschläge auf der Vorschlagsliste aus Februar 2011 befindet.

Herr Schroeder spricht sich für „Volkman“ aus, Frau von Zahn erklärt, ihre Partei habe ohnehin für „Edith Stein“ votiert.

Herr Iseke verweist auf das Protokoll der letzten Sitzung und verweist nochmals auf das Abstimmungsergebnis.

Von der CDU verlassen die Herren Conrads, Jukic und Utsch um 21.10 Uhr den Sitzungssaal und nehmen am weiteren Verlauf der Sitzung nicht teil.

Nach weiterer Diskussion wird, nachdem Einvernehmen darüber besteht, „Ernst Oberhoff“ abzulehnen, der Vorschlag „Edith-Stein-Straße“ zur Abstimmung gestellt.

Beschluss der Bezirksvertretung Vohwinkel vom 13.04.2011:

An der Beschlussfassung nehmen die Herren Conrads, Jukic und Utsch nicht teil.

1. Die Vorlage der Verwaltung wird abgelehnt.
2. Die Lettow-Vorbeck-Straße wird umbenannt und erhält den Namen
Edith-Stein-Straße

Abstimmungsergebnis:

Zu 1)

Einstimmigkeit bei 2 Enthaltungen (CDU)

Zu 2)

Stimmenmehrheit 7 bei 3 Gegenstimmen (FDP und CDU) und 2 Enthaltungen (SPD und CDU)

8 Verlegung einer Bushaltestelle
Vorlage: VO/0248/11

Der Antrag wird kurz erläutert. Herr Preuß begrüßt aus polizeilicher Sicht den Antrag und stellt neben den verkehrlichen Vorteilen auch den positiven Effekt fest, dass Parkraum für die Polizei vor der Wache geschaffen würde, was für die Wahrnehmung und Präsenz im Stadtteil eine Rolle spiele.

Beschluss der Bezirksvertretung Vohwinkel vom 13.04.2011:

Die Verwaltung wird gebeten, rechtlich und fachlich zu prüfen, ob die Verlegung der Bushaltestelle „**Lienhardplatz**“ (vor der Polizeiwache) an der Einmündung der Straße „Am Stationsgarten“ in die „Bahnstraße“ um ca. 60 m, unmittelbar **vor** die Einmündung der Straße „Am Stationsgarten“/„Bahnstraße“ erfolgen kann (am Ende der Ausfahrt des Tunnels anschließend).

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit

9 Ausweisung Wohngebiet Homandamm
Vorlage: VO/0245/11

Beschluss der Bezirksvertretung Vohwinkel vom 13.04.2011:

Einleitung eines Flächennutzungsplan-Änderungsverfahrens und eines Bebauungsplan-Verfahrens für die Fläche zwischen der Straße Homandamm und der Bahnstrecke Düsseldorf-Wuppertal mit der Zielsetzung die derzeit dargestellte Gewerbeflächen-Ausweisung in Wohn- oder Mischnutzung zu ändern.

Beantwortung folgender Fragen durch die Verwaltung:

- Welche Gründe liegen vor, dass bisher keine Ausweitung des Gewerbegebietes erfolgt ist?
- Falls Wohnbebauung möglich ist – gibt es auf dem Gebiet Altlasten?

Abstimmungsergebnis:

Stimmenmehrheit 11 bei 1 Gegenstimme (FDP)

10 Erhebung von Erschließungs- und Straßenbaubeiträgen
- Vorgesehene Beitragsverfahren im Jahr 2011 -
Vorlage: VO/0076/11

Beschluss der Bezirksvertretung Vohwinkel vom 13.04.2011:

Die Vorlage der Verwaltung wird ohne Beschluss entgegen genommen.

**11 Bebauungsplan Nr. 1081 - Mittelstandspark VohRang -
1. Änderung des Bebauungsplanes
- Aufstellungsbeschluss -
Vorlage: VO/0081/11**

Beschluss der Bezirksvertretung Vohwinkel vom 13.04.2011:

1. Die 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 1081 – Mittelstandspark VohRang - für den Geltungsbereich östlich der Straße Zur Linden, südlich der Bahnlinie und nordwestlich des DB Signalwerkes Wuppertal - wie in Anlage 1 näher kenntlich gemacht -, wird gem. § 2 Abs. 1 BauGB beschlossen.
2. Das Bebauungsplanverfahren wird im vereinfachten Verfahren gem. § 13 BauGB durchgeführt. Von der Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB, von dem Umweltbericht nach § 2a, von der Angabe nach § 3 Abs. 2 Satz 2, welche Arten umweltbezogener Informationen verfügbar sind sowie von der zusammenfassenden Erklärung gem. § 10 Abs. 4 BauGB wird abgesehen; das Monitoring gem. § 4c BauGB ist nicht anzuwenden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit

12 Freie BV-Mittel

Beschluss der Bezirksvertretung Vohwinkel vom 13.04.2011:

Die BV Vohwinkel gewährt einen Zuschuss für folgendes Projekte:

Förderverein Bürgerbad Vohwinkel e. V. für die Foyerbestuhlung 3000 Euro.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit

13 Berichte, Mitteilungen und Nachfragen

- Frau Schröder berichtet, dass die Verwaltung der Firma Ströer gestattet hat, neue Werbeflächen aufzustellen. Bei bezirklichen Straßen habe aber die BV dazu das Entscheidungsrecht, bei überbezirklichen Straßen müsse sie angehört werden. Dieses sei nicht erfolgt. Ein entsprechender Hinweis

- geht an die Fachverwaltung.
- Herr Klessler berichtet, dass wieder vermehrt Aufkleber von rechtsradikalen Gruppierungen auftauchen. Diese sollten schnellstmöglich entfernt werden. Da das Ankleben eine Ordnungswidrigkeit darstelle, sollten auf frischer Tat ertappte Personengemeldet werden.
 - Ab dem 18.04. erfolgen für zwei Wochen aus dem Konjunkturpaket II finanzierte Straßenbauarbeiten an der Haeseler Str.. Die Anwohner sind über diese dringend notwendige und mit Einschränkungen verbundene Maßnahme unterrichtet worden.
 - Antwort der Verwaltung zur VO/0063/11: Für den Winterdienst auf dem Bahnhofsvorplatz ist die Deutsche Bahn AG zuständig. Im Auftrag des Ressorts 104 leistet die ESW auf dem P&R Parkplatz Winterdienst. Er ist einer Winterdiensttour 2 zugeordnet, eine höhere Priorität ist nicht gegeben, weil dort zweimal am Tag ein umfangreicher Verkehr stattfindet.
 - Antwort der Verwaltung zur VO/1077/10: Die Anlegung eines Gehweges im Bereich der Fahrbahnverengung an der Gruitener Str. ist nicht möglich. Die Straßenarbeiten dort werden aus den Erhaltungsmitteln für Straßen finanziert. Ein neuer Gehweg müsste als zusätzliche Baumaßnahme in den Haushalt eingebracht und genehmigt werden. Aufgrund der Haushaltslage ist eine solche Neubaumaßnahme derzeit nicht zu rechtfertigen. Die Gruitener Straße hat Außerortscharakter mit relativ geringem Fußgängeraufkommen.
 - Die Beleuchtung im Tunnel Hahnenfurth soll im Herbst 2011 erneuert werden.
 - Zum Thema LKW Parken erfolgt eine Antwort der Verwaltung zur nächsten Sitzung, ebenso läuft derzeit noch die Prüfung der Einrichtung eines Fuß-/Radweges zwischen Saurenhaus und der Straße an der Bük.

Heiner Fragemann
Bezirksbürgermeister

Nicole Schey
Schriftführer/in